

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Weihnachtsgruß	1
Schwerpunktthema Israel/Palästina	2
Impressum	2
Erklärung des Präsidiums von pax christi zum Kairos-Dokument	3
Gastbeitrag: Die israelische Apartheid	4
Bericht zur Delegiertenversammlung vom 28. bis 30.10.2011 in Fulda	6
Rüstungsexportkampagne - Gemeinsam gegen den Export von Terror und Gewalt made in Germany!	9
Proteste und Demonstrationen in Bonn vor Beginn der Afghanistan-Konferenz	12
Gegen die Strategie des Tötens - Erklärung des pax christi-Präsidenten zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2011	13
Wie Goethe und Heine durch den Harz – pax christi-Route 2011	14
PAX CHRISTI-Route 2012	16
Kurzroute 2011 zur Bruder-Klaus-Kapelle bei Wachendorf	17
Kurz-Route 2012	17
Buchbesprechung: <i>Die reden. Wir sterben. Wie unsere Soldaten zu Opfern der deutschen Politik werden</i>	18
Bewahrung der Schöpfung – Anspruch und Wirklichkeit in unseren Verbänden und Gemeinden	19
Termine pax christi 2012	19

Weihnachtsgruß

*Herr, rei ab,
wo Schloss und Riegel vor!
Lass Leben in uns kommen,
lass uns ins Leben kommen.*

*Lass unsere Türen aufgehen,
mach uns selbst zu offenen Türen.
Elmar Gruber*

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen/Euch ein hoffnungsvolles, gesegnetes Weihnachtsfest

*Gabriele Wulfers, Inge de Caerl, Alfred Keienburg, Meinolf Demmel und Norbert Richter
Sprecherkreis von pax christi im Bistum Essen*

Schwerpunktthema Israel/Palästina

Zu unserem Schwerpunktthema Israel/Palästina drucken wir in dieser Ausgabe der Taube zwei Texte ab:

Zum einen das Antwortschreiben des pax christi Präsidiums an die Verfasser des Kairos Palästina Dokuments, veröffentlicht am 10 September 2011. Die im letzten Abschnitt ausgedrückte Hoffnung, dass Palästina als 194. Staat vollberechtigtes Mitglied der Vereinten Nationen wird, hat sich bisher nicht erfüllt. Eine positive Entscheidung zum palästinensischen Antrag ist auch nicht zu erwarten, weil die USA ihr Veto im Sicherheitsrat angekündigt haben. Vermutlich wird dies nicht einmal nötig sein, da sogar die einfache Mehrheit der Stimmen für den Antrag nicht gesichert ist.

Trotzdem besteht für das palästinensische Volk auf der politischen Bühne kein Grund zur Niedergeschlagenheit. Die Rede von Präsident Mahmud Abbas wurde in der Vollversammlung mit großem Beifall gefeiert, während Netanjahu eisiges Schweigen entgegenschlug. Als großer Erfolg wird auch die Aufnahme Palästinas als UNESCO-Vollmitglied gefeiert: mit 107 Stimmen für die Aufnahme wurde die nötige Zweidrittel-Mehrheit deutlich überschritten – bei 52 Enthaltungen und 14 Nein-Stimmen, darunter die Deutschlands.

Der Gastbeitrag von Amos Schocken in der Frankfurter Rundschau vom 29. November 2011 erscheint uns bemerkenswert, weil hier ein Israeli mit mutiger Klarheit und Offenheit die Situation der palästinensischen Bevölkerung beschreibt – bereits die Überschrift überrascht.

Beide Texte empfehlen wir Ihrer und Eurer aufmerksamen Lektüre.

IMPRESSUM

DIE TAUBE ist das offizielle Mitteilungsorgan der pax christi Bistumstelle Essen für Mitglieder und Interessenten.

www.essen.paxchristi.de

Herausgeber:

pax christi im Bistum Essen, c/o Norbert Richter, Poschfuerhöhe 10, 45276 Essen

Layout: Angelika BÜchse

Bankverbindung: Bank im Bistum Essen

BLZ: 36060295, Konto: 799 200 10

Erklärung des Präsidiums von pax christi zum Kairos-Dokument

Liebe Verfasserinnen und Verfasser des Kairos-Palästina Dokuments,

herzlichen Dank für Ihr Kairos-Palästina-Dokument „Die Stunde der Wahrzeit: Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenser und Palästinenserinnen“, das uns viele Anstöße gibt. Heute möchten wir Ihrem Wunsch nachkommen, darauf zu reagieren.

Wir lesen darin den „Schrei der Hoffnung, wo keine Hoffnung ist“, der auf der Erfahrung täglicher Demütigung und Entrechtung beruht. Wir geben Ihre Erfahrungen weiter und haben als Deutsche Sektion von pax christi ihr Dokument veröffentlicht. Wir haben es über unseren Präsidenten, Bischof Heinz Josef Algermissen, allen katholischen Bischöfen in Deutschland zugeleitet sowie zahlreichen kirchlichen und nichtkirchlichen Organisationen. Dieser Appell gehört mit zum „arabischen Frühling“ und findet bei uns in Deutschland Gehör. Aufgegriffen wurde das Kairos Palästina Dokument beispielsweise von pax christi im Bistum Essen, die es dort in jeder Pfarrgemeinde bekannt machen. Im Juni hatten wir eine große internationale Tagung zum Kairos-Papier mit der Evangelischen Akademie Bad Boll, der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen und dem Evangelischen Missionswerk in Südwestdeutschland mit dem Titel „Zeit zu handeln“ veranstaltet, auf der auch kontrovers diskutiert wurde. Die Auseinandersetzung in Deutschland geht vor allem um zwei Bereiche: Was bedeutet die Landverheißung an Israel? und Ist das Dokument ein Aufruf zum Kaufverzicht von israelischen Waren?

Wir sehen in dem Dokument einen inklusiven Text, der die Besatzungsmacht

mit einschließt. Er betont die Menschlichkeit eines jeden und ist eine spirituelle Ermutigung. Es geht darin um den Widerstand aus Liebe und nicht um Vernichtung. Deshalb unterstützen wir Ihre Aussage, dass „Hassen nicht erlaubt (ist), und auch Töten oder Getötet werden...nicht erlaubt (ist)“. Wir empfinden ihn als einen versöhnlichen Text aus einem unterdrückten Volk. Aus christlicher Überzeugung vertrauen Sie auf die verändernde Kraft der Liebe, um die Sünde der Besatzung zu beenden. Ihr Widerstand aus Liebe achtet den Anderen in seiner Würde und folgt konsequent dem Verzicht auf Gewalt. Wir erkennen, dass dies für die Christinnen und Christen in Palästina die letzte Hoffnung auf Veränderung ist – nachdem internationales Recht bislang nicht zur Lösung des Konflikts durchgesetzt wird. Die Zeit, der Kairos, ist da für die notwendige Wende.

Wir begrüßen diesen hoffnungsvollen Appell, der inzwischen zu einer weltweiten Bewegung, einer Friedensbewegung, aus den Besetzten heraus wurde. Die in dem Dokument ausgedrückte Hoffnung kann auf den Tag mit zwei friedlichen, unabhängigen lebensfähigen Staaten vorbereiten.

Wir unterstützen Sie in Ihrem Aufruf gegen die Instrumentalisierung von Religion im politischen Konflikt. Theologie darf kein Deckmantel für die Sünde der Besatzung sein. Die in Ihrem Dokument ausgesprochene Einladung „Kommt und seht“ nehmen wir gerne an und geben sie an Menschen und Gruppen weiter, die nach Israel und in die palästinensischen besetzten Gebiete reisen. Seit Jahren engagieren wir uns im ökumenischen Friedensdienst in Israel und Palästina EAPPI für ein Ende der Besatzung.

Sie empfehlen in Ihrem Aufruf „den Rückzug von Investitionen und (...) Boykottmaßnahmen der Wirtschaft und des Handels gegen alle von der Besetzung hergestellten Güter“. In vielen Ländern wurde diese Empfehlung aufgegriffen. In Deutschland und in unserer Kirche führt dieses Ansinnen aber manchmal zur Ablehnung des gesamten Textes. Wegen der früheren NS-Kampagne „Kauft nicht bei Juden“ sollen heute keine israelischen Waren boykottiert werden. Was ist aber, wenn die Herstellung dieser Waren dazu beiträgt, dass die völkerrechtswidrigen Siedlungen verdienen? Was ist mit Firmen, die am Mauerbau und an der Besatzung beteiligt sind und gegen Völkerrecht und Menschenrechte verstoßen? Unsere Orientierungslinie sind das Völkerrecht und die Menschenrechte, die in ihrer heutigen Form eine direkte Reaktion auf den Zweiten Weltkrieg und die Verbrechen der deutschen Nationalsozialisten sind. Deshalb möchten wir vermeiden, dass Waren aus den israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten gekauft werden und fordern die Behörden in der EU auf, israelische Waren, die nicht aus dem Staatsgebiet sind, deutlich zu kennzeichnen. Wir haben von der Deutschen Bank und der Deutschen Bahn gefordert, in den besetzten Gebieten keine Investitionen für Projekte vorzunehmen,

die zu einer Verstetigung und Verschärfung der völkerrechtswidrigen Lage in diesen Gebieten führen. Die Deutsche Bahn hat sich aus einem solchen Bahnprojekt zurückgezogen. Die Deutsche Bank ist im Aktienhandel (Nasdaq vom März 2011) weiterhin mit Firmen, die vom Mauerbau und den Siedlungen profitieren, (Beispiel Elbit) gelistet.

Sie setzen in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen darauf, dass Israelis und Palästinenser eine gemeinsame Vision hegen. Eine Vision, die auf Gleichberechtigung und Teilen gründet und nicht auf Überlegenheit und Aggression unter dem Vorwand der Angst und der Sicherheit. Darin möchten wir Sie unterstützen. pax christi unterstützt eine Aufnahme Palästinas als Staat 194 in die UN. Die Durchsetzung Internationalen Rechts ist nach unserer Überzeugung die Lösung, die Frieden und Sicherheit für Israelis und Palästinenser bringt.

Herzliche Grüße

pax christi Präsidium, 10. September 2011, Berlin

i.A.

Christine Hoffmann

pax christi Generalsekretärin

Gastbeitrag: Die israelische Apartheid (Quelle: Frankfurter Rundschau vom 29.11.2011)

Zwei Bevölkerungsgruppen leben in einem Gebiet. Eine genießt alle Rechte, die andere ist ihrer Rechte beraubt. Das sind abscheulich undemokratische Zustände.

Im Januar 1993 sagte Israels Premier Jitzhak Rabin in einer Rede vor der Knesset: „Zusammen mit anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft beobachten wir das Atomprogramm des Iran. Niemand leugnet, dass die Möglichkeit, der Iran könne irgendwann Atomwaffen besitzen, besorgniserregend ist. Dies ist einer der Gründe, warum wir jetzt die Chance nutzen und den Frieden voranbringen müssen.“ Damals hatte Israel eine Strategie, deren Umsetzung mit den Osloer Verträgen begann: das Siedlungsprogramm zurückzufahren sowie die Behandlung seiner arabischen Bürger zu verbessern.

Wären die Dinge anders gekommen, würde sich heute vermutlich auch die Iran-Frage anders stellen. Doch die Oslo-Strategie prallte auf eine andere, stärkere Ideologie: die von Gush Emunim, des „Blocks der Getreuen“. Seit den 1970er-Jahren gibt er, mit kurzen Unterbrechungen, die Basis für das Handeln israelischer Regierungen ab.

Die Strategie des „Blocks der Getreuen“ ist klar und einfach: Die Besatzungsgrenzen nach dem Sechs-Tage-Krieg sind die für Israel geltenden Grenzen. Die Palästinenser, die in diesen Gebieten leben (soweit sie nicht geflohen sind oder vertrieben wurden), sind einem harten Regime zu unterwerfen. Dies treibt sie in die Flucht oder führt zu ihrer Vertreibung, beraubt sie ihrer Rechte und schafft eine Situation, in der diejenigen, die bleiben, nicht einmal mehr Bürger zweiter Klasse sind. Für ihr Schicksal interessiert sich niemand.

Die Ideologie des „Gush Emunim“ entspringt religiösen, nicht politischen Motiven. Sie beharrt darauf, dass Israel für die Juden bestimmt ist. Diesem Denken sind nicht nur die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten gleichgültig. Die palästinensischen Bürger Israels werden ebenfalls diskriminiert, indem ihre Bürgerrechte beschnitten werden oder ihnen die Staatsbürgerschaft entzogen wird. Es ist eine Strategie der Landnahme und Apartheid. Trotz vieler Unterschiede zur ursprünglichen Verwendung des Begriffs für die Unterdrückung der Schwarzen durch die Weißen in Südafrika gibt es Gemeinsamkeiten zu den von Israel besetzten Gebieten: In einer Region leben zwei Bevölkerungsgruppen, von denen eine alle Rechte und jeden Schutz genießt, während die andere ihrer Rechte beraubt und von der ersten Gruppe unterdrückt wird. Das sind abscheulich undemokratische Zustände.

Da ein Apartheid-Regime, zumindest nach demokratischen Maßstäben, in sich ungesetzlich ist, kann es weder Opposition noch Kritik dulden. Die Ideologie des „Blocks der Getreuen“ muss Kritik unterdrücken und jeden Versuch unterbinden, ihrem eigenen Handeln entgegenzutreten – auch dann, wenn dieses Handeln selbst illegal oder sogar kriminell ist, nämlich der Aufrechterhaltung der Apartheid dient. Illegales Handeln muss demzufolge legalisiert werden – sei es durch Gesetzesänderungen oder durch die juristische Uminterpretation bestehender Gesetze. Vor diesem Hintergrund kommt es derzeit zu hemmungsloser Verleumdung des Obersten Gerichtshofs. Gegen Menschenrechtsorganisationen und Presse zieht man juristisch zu Felde. In diesen Kontext gehört das Anti-Boycott-Gesetz. Es ver-

hindert, dass die israelische Apartheid so bekämpft wird, wie einst die südafrikanische Apartheid bekämpft wurde. Im Obersten Gerichtshof sehen die Gush-Emunim-Ideologen inzwischen ein Hindernis, das beseitigt werden muss. Vor allem ärgert sie die Haltung des Gerichts in zwei Punkten: Es widersetzt sich dem Wunsch, den Bau von jüdischen Siedlungen auf privaten Grundstücken in den Palästinenser-Gebieten für rechtmäßig zu erklären, und es lehnt die Rücknahme des Regierungsbeschlusses über die Räumung der Siedlungen im Gaza-Streifen ab.

Im Übrigen, so argumentieren die Ideologen, müsse die Interpretation der Menschenrechte durch Urteile des Gerichtshofs zu dessen Abschaffung in der gegenwärtigen Form führen. Die Möglichkeit zum Verkauf von Land aus dem Jüdischen Nationalfonds an arabische Bürger, die Öffnung einer Schnellstraße für Palästinenser oder auch eine mögliche Korrektur des Staatsbürgerschaftsrechts – solche Urteile widersprechen zentralen Elementen in der Ideologie des „Blocks der Getreuen“: der Herabsetzung der Palästinenser (in Israel und in den besetzten Gebieten) gegenüber den Juden und ihre Degradierung zu Bürgern zweiter Klasse, zu quasi Nicht-Existenten oder – im besten der Fälle – zu solchen, die aus dem Land fliehen.

Hat ein solches Israel eine Zukunft? Jenseits der Frage, ob Moral und historische Erfahrung des Judentums solche Zustände überhaupt zulassen, ist offensichtlich: die gegenwärtige Lage ist unerhört instabil und gefährlich. Sie verhindert, dass Israel sein volles Potenzial entfalten kann. Sie bedeutet ein Leben mit dem Schwert. Dieses Schwert könnte eine dritte Intifada sein, ein Ende des Friedens mit Ägypten und eine Konfrontation mit einer Atom-Macht Iran. Jitzhak Rabin hatte das verstanden.



Amos Schocken
Foto: Stefan Worring

Amos Schocken ist Eigentümer und Herausgeber der liberalen israelischen Zeitung Haaretz.

Übersetzung: Nicole Lindenberg

Bericht zur Delegiertenversammlung vom 28. bis 30.10.2011 in Fulda

pax christi aktiv gegen Rüstungsexporte - neue Kommission "Friedensarbeit in Schulen"

Diese beiden Schwerpunkte bestimmten die Beratungen der ca. 80 Delegierten der Bundesdelegiertenversammlung. Norbert Richter, neben Gabriele Wulfers und Alfred Keienburg Teilnehmer der Bistumsstelle Essen, war erfreut, dass die Beratungen sehr handlungsorientiert und ohne Zeitdruck erfolgten. Er fasste die Ergebnisse so zusammen: "Wir werden gebeten uns an den Aktivitäten der Rüstungsexportkampagne zu beteiligen, die Kampagne zu unserem Schwerpunkt zu machen. Es sind viele Aktionsformen vorbereitet, die uns erleichtern werden, das An-

liegen vor Ort ggf. mit anderen Partnern der Kampagne in die Öffentlichkeit zu bringen. Wir werden über mögliche Aktivitäten auf unserer nächsten Diözesanversammlung im März 2012 nachdenken. Friedensarbeit in Schulen ist für unsere Bistumsstelle aktuell kein Schwerpunkt, doch sehe ich die Notwendigkeit diese Thematik durch eine Kommission zu bearbeiten. Durch die starke Präsenz der Bundeswehr in den Schulen, viele Bundesländer haben Kooperationsverträge mit der Bundeswehr, ist es wichtig ein Gegengewicht zusetzen. "

Hier finden Sie die beiden wichtigen Beschlüsse im Wortlaut:

pax christi aktiv gegen deutsche Rüstungsexporte

Die Delegiertenversammlung empfiehlt den pax christi-Basisgruppen und Bistumsstellen, das Thema Rüstungsexporte zu einem ihrer Schwerpunkte bis zur Bundestagswahl 2013 zu machen und sich vor allem an folgenden Aktionen im Rahmen der Kampagne "Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel" zu beteiligen.

Öffentlichkeitsarbeit gegen Rüstungsexport

Durch Vortragsveranstaltungen, Opferzeugen-Reisen (Zeug/innen der Auswirkungen deutscher Rüstungsexporte in ihrem Heimatland berichten über die realen Folgen dieser Geschäfte), Podiumsdiskussionen, Unterschriftensammlungen informieren die Gruppen und Bistumsstellen in ihrer jeweiligen Region über die Kampagne, und mobilisieren Menschen zur Unterstützung. Infos hierzu finden sich auf der website: www.aufschrei-waffenhandel.de und im pax-christi-Sekretariat.

50 Jahre Sündenfall

Am 16.11.2011 sollen regional, in den Bistümern und durch die Deutsche Sektion von pax christi Pressemeldungen "50 Jahre Sündenfall" veröffentlicht werden. Wo es möglich ist, soll dies gemeinsam mit ökumenischen Partnern geschehen. Thematisiert wird die vor genau 50 Jahren begonnene Ausweitung der Möglichkeiten zur Genehmigung von Rüstungsexporten durch die Anwendung des grundsätzlich jeden Export genehmigenden Außenwirtschaftsgesetzes anstelle des grundsätzlich verbotenden Kriegswaffenkontrollgesetzes. Eine Vorlage dafür stellt das pax christi-Sekretariat ab 4.11.2011 zur Verfügung.

Gebet für die Opfer deutscher Rüstungsexporte

Der Tag der Menschenrechte, der 10. Dezember, in dessen Umfeld auch jährlich der Rüstungsexportbericht der GKKE veröffentlicht wird, soll als Tag für Gottesdienste mit Gebet für die Opfer von Gewalt, Krieg und Rüstungsexporten an möglichst vielen Orten genutzt werden. Texte und „Gebetshilfen“ für Gruppen und Bistumsstellen werden durch das pax-christi-Sekretariat sowie unter www.paxchristi.de und www.aufschrei-waffenhandel.de zur Verfügung gestellt.

26.2.2012: Dezentraler Aktionstag der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

Der 26.2.2012 - ausgewählt nach GG Artikel 26 (2) - soll zum bundesweiten dezentralen Aktionstag gegen deutsche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien werden. Für 2012 bietet sich uns das Motto an: "Den Leo an die Kette legen". Gedacht ist beispielsweise an Aktionen an den Produktionsstandorten für den Leopard-II Panzer. Zudem sollen möglichst alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus ihren jeweiligen Wahlkreisen Briefe mit der Aufforderung erhalten, sich öffentlich – eventuell über eine Resolution des Bundestages – gegen den Export der Leopard-II- Panzer nach Saudi-Arabien auszusprechen. Ein Brief-Entwurf wird durch das pax-christi-Sekretariat zur Verfügung gestellt.

Ideenwerkstatt der „Aktion Aufschrei-Stoppt den Waffenhandel!“

Die Ideenwerkstatt, die die Kampagne im Februar/ April 2012 veranstaltet, wird als Chance zum Multiplikator/innen-Training und zur Vernetzung empfohlen.

"Den Leo an die Kette legen"

pax christi-Deutschland initiiert gemeinsam mit anderen ökumenischen Partnern in der Kampagne während des Katholikentages in Mannheim eine Demonstration gegen deutsche Rüstungsexporte in den Nahen- und Mittleren Osten. Unter dem Motto (Arbeitstitel) "Den Leo an die Kette legen" sollen insbesondere Panzerlieferungen an menschenrechtsverletzende Regime wie in Saudi-Arabien thematisiert und dazu beigetragen werden, die Lieferung der Leopard II.-Panzer nach Saudi noch zu stoppen. Ziel ist, mit 262 symbolischen „Panzern“ (als Plakat, Fahne, Pappmaché-Objekt, ...) in Mannheim aufzutreten und diese immer wieder an unterschiedlichsten Stellen der Stadt und auf dem Katholikentag auftauchen zu lassen. Die Delegiertenversammlung bittet alle pax-christi-Mitglieder und -Freund/innen sich hieran zu beteiligen. Weitere Informationen zur Aktion in der BST-Köln und im pax-christi-Sekretariat.

Lobbyarbeit gegen Rüstungsexport

Um möglichst viele Forderungen der Kampagne gegen Rüstungsexport in den verschiedenen Parteiprogrammen zur Bundestagswahl 2013 zu verankern, nehmen die pax-christi-Bistumsstellen in 2012 Kontakt zu regionalen Parteigliederungen der Bundestagsparteien auf. Ziel ist es dabei, Parteigruppierungen zu finden, die sich in ihrer Partei dafür stark machen, konkrete politische Schritte hin zu einer massiven Reduzierung deutscher Rüstungsexporte in das jeweilige Programm zur Bundestagswahl 2013 aufzunehmen. Für das Jahr 2013 bittet die Delegiertenversammlung die pax-christi-Basisgruppen und Bistumsstellen möglichst viele der Kandidat/innen zum Deutschen

Bundestag öffentlich mit den Forderungen der Kampagne zu konfrontieren. Dies kann bei öffentlichen Wahlveranstaltungen, durch Besuche in den Wahlkreisbüros, durch Briefe etc. geschehen.

Global Day against Military Spending

Das internationale Friedensbüro, in dem pax christi International mitarbeitet, ruft weltweit zu einem internationalen Aktionstag anlässlich der Veröffentlichung der aktuellen Zahlen des SIPRI Instituts auf. Im Mittelpunkt steht das Motto „Abrüstung für Entwicklung“.

Kommission „Friedensarbeit in Schulen“

Die Deutsche Sektion von Pax Christi setzt eine Kommission „Friedensarbeit in Schulen“ ein, zunächst für ein Jahr. Die Kommission hat den folgenden Arbeitsauftrag:

- Bestandsaufnahme und Analyse der Situation in den einzelnen Bundesländern: Rechtliche Situation, Akteure und laufende Aktivitäten
- Erstellung eines Konzeptes für die friedenpolitische Arbeit von pax christi an Schulen
- Lobbyarbeit und Unterstützung der Lobbyarbeit von Bistumsstellen und Gruppen
- Vernetzungsarbeit innerhalb und außerhalb von pax christi
- Einflussnahme auf katholische Institutionen im Sinne einer christlich motivierten aktiven Friedensbildungsarbeit



Delegiertenversammlung mit N. Richter (2. von rechts)



Rüstungsexportkampagne

Gemeinsam gegen den Export von Terror und Gewalt made in Germany!

2010 hat Deutschland Waffen und Rüstungsgüter im Wert von zwei Milliarden Euro ausgeführt. So steht es im Rüstungsexportbericht für 2010, der dem Kabinett am 1.12.2011 vorgelegt wurde. Die Steigerung des deutschen Rüstungsexports von 2009 zu 2010 um knapp 50 Prozent ist ein weiterer trauriger Rekord und festigt die Position Deutschlands als größter Waffenexporteur in Europa und als drittgrößtes Exportland von Rüstungsgütern weltweit. Deutschland ist zudem der drittgrößte Exporteur von Klein- und leichten Waffen. Nur die USA und Italien verkaufen mehr Pistolen, Sturm- oder Maschinengewehre sowie Mörser.

Wie schon in der Taube II-2010 berichtet, hat pax christi mit anderen Organisationen aus der Friedensbewegung und der Zivilgesellschaft die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ in Bewegung gesetzt, um gegen dieses profitable Geschäft mit dem Tod auf vielfältige Weise anzugehen. <http://www.aufschrei-waffenhandel.de/>

Ziele der Kampagne

- *Aus der Zivilgesellschaft heraus Druck gegen die deutsche Praxis des Rüstungsexportes aufbauen und Alternativen zur Rüstungsproduktion aufzeigen;*
- *eine grundsätzliche Veröffentlichungspflicht aller geplanten und tatsächlich durchgeführten Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern durchsetzen, um öffentliche Diskussionen und parlamentarische Entscheidungen überhaupt zu ermöglichen;*
- *die Aufnahme eines grundsätzlichen Verbotes von Rüstungsexporten durch eine Klarstellung des Grundgesetzartikels 26(2).*

Den Panzerexport nach Saudi-Arabien stoppen

Der Skandal ist noch wirksam. Die Bundesregierung hat eine Entscheidung des Bundessicherheitsrates zur Genehmigung der Lieferung von bis zu 270 (!) Panzern nach Saudi Arabien bislang nicht dementiert. Die Panzer um die es geht, sind speziell für den Einsatz in Städten optimiert - also auch für den Einsatz gegen Demonstrierende, die ihre Rechte wahrnehmen und einfordern. Aus Presseberichten geht hervor, dass dieser Milliarden-Deal bald erneut im Bundessicherheitsrat beraten werden soll.

Demo gegen die Panzerlieferung in Düsseldorf



Am 19.11.2011 protestierten ca. 50 Aktivist/innen unter dem Motto „**Legt den Leo an die Kette!**“ am Düsseldorfer Burgplatz, ganz in der Nähe der Altstadt, gegen die Panzerlieferung nach Saudi-Arabien. Organisiert hat pax christi Köln diese Demonstration, an der auch pax christi Mitglieder aus dem Ruhrgebiet und von anderen Friedensorganisationen teilnahmen. Volle Zustimmung fand Bernhard Trautvetter vom Essener Friedensforum mit seiner Forderung: „Dieses Spiel mit dem Feuer müssen

wir durchkreuzen! Denn wir wollen leben und wir wollen keinen Anteil haben am Geschäft mit dem Tod.“ Nach der Kundgebung am Burgplatz mit mehreren Redebeiträgen wanderten die „Demonstranten“ in kleinen Gruppen mit ihren Transparenten, Protestschildern und Sandwiches durch die sehr belebten Düsseldorfer Straßen der Altstadt. Hier gab es viele Gespräche mit Passanten. Norbert Richter und ich machten dabei die positive Erfahrung, häufig spontan auf Zustimmung zu stoßen. Meist bestand dann große Bereitschaft, die Unterschrift unter unsere Forderung nach Änderung von Artikel 26,2 GG zu setzen. Josef Roberg, von der pax christi Bistumsstelle Köln, war zufrieden: „Unser dezentrales Konzept ist aufgegangen, bei schönem Wetter und voller Stadt waren wir für zwei Stunden mit unserem Anliegen in der Innenstadt präsent.“ Aber auch darüber hinaus war die Aktion präsent und schaffte es bis in die lokale Fernsehberichterstattung der WDR-Lokalzeit.



Postkartenaktion an die Bundeskanzlerin und den Bundessicherheitsrat



Die Absicht, Leopard-Panzer an Saudi-Arabien zu liefern, hat einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Innerhalb kurzer Zeit haben über 100.000 Personen in der Online-Protestaktion von campact (www.campact.de) den Stopp der Panzerlieferung gefordert. Die Proteste scheinen Wirkung zu haben. Gem. Spiegel vom 10.10.2011 wird sich der Bundessicherheitsrat im Dezember erneut mit dem Panzerexport beschäftigen. Aus diesem Anlass hat Ohne Rüstung Leben (eine Trägerorganisation der Kampagne) eine Postkartenaktion gestartet.

Bitte machen Sie/macht ihr mit bei dieser Aktion. Einfach die beigefügte Karte mit folgender Willensbekundung nach Berlin schicken:

Ich fordere Sie auf: Stoppen Sie den Export von Leopard 2-Kampfpanzern nach Saudi-Arabien.

Weitere Aktionen

Bei unserer nächsten Diözesanversammlung im März wird unsere Beteiligung an der Kampagne ein Schwerpunkt sein. Dort wird ein Opfer deutscher Rüstungsexporte über sein Schicksal berichten, und wir werden u. a. beraten, welchen Beitrag wir leisten können, um die beabsichtigte Grundgesetzänderung nach vorn zu bringen. Es gilt dabei zu überlegen, wie wir am besten mit unseren Bundestagsabgeordneten in Kontakt treten können, um sie von der Notwendigkeit einer Grundgesetzänderung zu überzeugen.

Aktuelle Formulierung des Grundgesetzartikels 26(2)

*Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.
Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.*

Klarstellung des Grundgesetzartikels 26(2)

Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.

Das Nähere regelt das Kriegswaffenkontrollgesetz. Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz.

Alfred Keienburg

Proteste und Demonstrationen in Bonn vor Beginn der Afghanistan-Konferenz

Mit geschätzten 5.000 Friedensbewegten waren am Samstag, 03.12.2011, auch viele pax christi Mitglieder in Bonn versammelt, um im Vorfeld der Afghanistan-Konferenz Petersberg II gegen die weitere Kriegsführung, für einen sofortigen Waffenstillstand und den zivilen Aufbau dort zu demonstrieren. Aufgerufen zu den Protesten hatte ein breites Bündnis von Menschen aus unterschiedlichen Organisationen der Friedensbewegung und anderen friedenspolitisch aktiven Gruppen.

Christine Hoffmann, pax christi Generalsekretärin, brachte ihre Mitwirkung an den Protesten wie folgt zum Ausdruck: *"Dies ist keine Friedenskonferenz, hier wird die Fortsetzung eines blutigen Krieges geplant. Auch deutsche Soldaten sollen über 2014 hinaus in Afghanistan bleiben, die Amerikaner planen ihre Truppenpräsenz schon bis 2024. Das bedeutet nicht Sicherheit, sondern täglich zivile Opfer. Wir stehen hier wie 70 Prozent in Deutschland für die Beendigung des Krieges. Die Verantwortung für die afghanische Bevölkerung zu übernehmen heißt Waffenstillstand, Ende der Kämpfe - erst dann sind Verhandlungen und der Beginn eines innerafghanischen Versöhnungsprozesses möglich."*

Zu Wort kamen Vertreter aus der deutschen und amerikanischen Friedensbewegung und von ver.di. Neben der afghanischen Parlamentarierin Malalai Joya sprachen auch deutsche Polit-Prominente. Gregor Gysi und Christian Ströbele machten bei der Abschluss-Kundgebung von ihrer Ablehnung der kriegerischen Einsätze keinen Hehl und forderten die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen und den Abzug aller Truppen aus Afghanistan. Bevor Ströbele reden konnte, wurde er mit Eiern beworfen und von einer kleinen Gruppe lautstark mit Parolen und Buh-Rufen am Reden gehindert.

Am Sonntag, 04.12.2011, wurde ein Workshop im Rahmen der Internationalen Anti-Kriegs-Konferenz "Für eine selbstbestimmtes Afghanistan" von pax christi gestaltet. Thema war die Playstation- Mentalität des Drohnenkrieges. Am Montag, 05.12.2011, wurde der Protest auf dem Rhein und an seinen Ufern fortgesetzt. *End the war in Afghanistan - bring the troops home*. So war es in menschengroßen Buchstaben für die Konferenzteilnehmer zu lesen.

Alfred Keienburg



Christine Hoffmann, 1. v. links und Rainer Braun, 3. v. links, Moderatoren der Kundgebungen, mit Rednern der Auftaktkundgebung



pax christi-Mitglieder aus Lüdenscheid (oben) und Essen (unten) während der Demo